

A.

„Die 15 wichtigsten Forderungen der LINKEN im Bundestagswahlkampf 2009“
(Anfrage der Bundeszentrale für politische Bildung zur Vorbereitung „Wahl-o-mat“
Bundestagswahl)

(Die Reihenfolge ist keine Rangfolge)

1. einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn nach französischem Vorbild einführen, der im Laufe der Legislaturperiode auf 10 Euro erhöht wird;
2. eine Millionärssteuer erheben: Wiedererhebung der Vermögenssteuer als Steuer auf alle Privatvermögen über eine Million Euro, Steuersatz fünf Prozent; eine Börsenumsatzsteuer erheben; bei der Einkommenssteuer die unteren und mittleren Einkommen entlasten (höherer Grundfreibetrag von 9.300 Euro; linearer Tarifverlauf statt „kalter Progression“) und einen Spitzensteuersatz von 53% auf alle Einkommensanteile über 70.000 Euro;
3. ein Öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm zur Sanierung und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und den sozialökologischen Umbau der Volkswirtschaft: Investitionen in Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit, Energiewende; in Höhe von jährlich 100 Mrd. Euro, durch das 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden können
4. die Rentenkürzung durch die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre wieder abschaffen, flexible Altersgrenzen ohne Rentenkürzung einführen; Altersarmut langjährig Versicherter durch gesetzliche Rente verhindern
5. HartzIV-Regelsätze in der kommenden Legislaturperiode auf 500 Euro erhöhen, eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Mindestsicherung einführen; den Arbeitslosengeld-Bezug entsprechend der Beitragszeiten verlängern, Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit umwandeln;
6. die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen; die deutsche Außenpolitik strikt auf zivile Konfliktlösung und Kooperation statt Konfrontation ausrichten;
7. Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, zum Beispiel im Öffentlichen Dienst; gleiche Rentenwerte in Ost und West
8. Gesundheitsreform gegen den Weg in die Zweiklassenmedizin und die Dominanz von Industrieinteressen, Einführung einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung
9. Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft einführen: Betriebe solange zur Förderung von Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichten, bis der Durchschnittsverdienst von Frauen und Männern gleich ist.
10. Arbeit schützen und anders verteilen: Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden begrenzen.
11. Bürgerrechte und Informationsfreiheit schützen: ein wirksames Arbeitnehmerdatenschutzgesetz gegen das Ausspionieren von Beschäftigten schaffen, den allgemeinen Daten- und Verbraucherschutz verbessern; das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verteidigen: die Vorratsdatenspeicherung beenden, auf Online-Durchsuchungen, auf Zensurmaßnahmen im Internet und Netzsperrern verzichten;

12. Demokratie ausbauen: Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene, Wahlalter auf 16 Jahre senken, aktives und passives Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben;

14. Mehr Demokratie in der Wirtschaft: öffentliche Hilfen für Unternehmen nur gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und Belegschaften, Schaffung von kollektivem Belegschaftseigentum; den Bankensektor unter öffentliche Kontrolle stellen, die Strom- und Gasnetze vergesellschaften und die Energieversorgung wie die anderen Bereiche der Daseinsvorsorge in öffentlicher, kommunaler Hand organisieren;

15. einen Nationalen Bildungspakt auflegen: die öffentlichen Bildungsausgaben auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen bundesweit fördern, Bildungsberufe aufwerten und Bildung von Anfang an fördern.

B.

Die „Sofortmaßnahmen nach der Wahl“ (Frage 15 von „Eurogamer“/Kristian Metzger)

- Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes
- Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan
- Abschaffung der Rentenkürzung durch die höhere Regelaltersgrenze von 67 Jahren
- Erhöhung der HartzIV-Regelsätze, Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtig Arbeit
- Erhebung einer Millionärssteuer und Börsenumsatzsteuer
- Auflage eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms über 100 Mrd. Euro jährlich für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit, Energiewende
- Gesundheitsreform gegen die Zweiklassenmedizin und für eine Bürgerversicherung